

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage

- Drucksache 17/2638 -

Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns und Christian Dürr (FDP), eingegangen am 17.12.2014

Schulpflicht für Flüchtlingskinder und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Braunschweig sowie im Landkreis Goslar und im Landkreis Peine - Wie unterstützt die Landesregierung die Kommunen?

Weltweite Konflikte, Kriege und humanitäre Katastrophen sorgen für einen Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland. Der Bund, die Länder und die Kommunen stehen so vor neuen, großen Herausforderungen und Aufgaben, u. a. auch, weil für Flüchtlingskinder in Niedersachsen Schulpflicht besteht. Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung werden schulpflichtig, wenn sie nicht mehr in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen müssen, also spätestens drei Monate nach der Einreise. Aber auch in der Zeit davor haben sie ein Recht darauf, zur Schule zu gehen. Die Regelungen in Niedersachsen sehen zudem vor, dass die Schulpflicht auch für Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus besteht.

Einige Kinder und Jugendliche kommen ohne ihre Eltern oder andere Familienmitglieder nach Niedersachsen. Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge schätzt, dass gegenwärtig zwischen 7 000 und 9 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren unbegleitet in Deutschland leben. Viele Kinder sollen sich versteckt halten. In der Antwort der Landesregierung auf die Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion „Dürfen Flüchtlingskinder auch in Niedersachsen nicht Fußball spielen?“ heißt es: „Die Bundesstatistik über vorläufige Schutzmaßnahmen weist die Zahlen der Inobhutnahmen aufgrund unbegleiteter Einreise nach Bundesländern aus. Demnach wurden in Niedersachsen im Jahr 2011 187, im Jahr 2012 211 und im Jahr 2013 257 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch die Jugendämter in Obhut genommen.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Flüchtlinge, die sich nach Zuweisung in Braunschweig, im Landkreis Goslar oder im Landkreis Peine aufhalten, sind zum Stichtag 01.10.2014 nicht älter als 18 Jahre bzw. grundsätzlich schulpflichtig (bitte nach den angegebenen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten differenziert auflisten)?
2. Wie viele Kinder des unter Frage 1 abgefragten Personenkreises besuchen tatsächlich eine Schule in Braunschweig, im Landkreis Goslar oder im Landkreis Peine (bitte nach den angegebenen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten differenziert auflisten)?
3. Wie viele Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus besuchen in Braunschweig, im Landkreis Goslar oder im Landkreis Peine gegenwärtig eine Schule (bitte nach den angegebenen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten differenziert auflisten)?
4. Inwieweit wird konkret in Braunschweig, im Landkreis Goslar sowie im Landkreis Peine für eine Überwachung der Schulpflicht von Flüchtlingskindern Sorge getragen?
5. Wie unterstützt die Landesregierung die Schulen, Kommunen und Integrationszentren in Braunschweig, im Landkreis Goslar sowie im Landkreis Peine konkret, um den Herausforderungen der stetig steigenden Anzahl von schulpflichtigen Flüchtlingskindern im Interesse aller Akteure gerecht zu werden?
6. Wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind im Jahr 2014 bisher unbegleitet in Braunschweig, im Landkreis Goslar oder im Landkreis Peine (bitte nach den angegebenen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten differenziert auflisten)?

7. Wie hoch ist nach Schätzungen der Landesregierung die Zahl der Kinder, die sich versteckt halten und noch nicht in Obhut genommen werden konnten?
8. Wie haben sich die Zahlen der unbegleiteten Flüchtlingskinder in Braunschweig, im Landkreis Goslar sowie im Landkreis Peine in den letzten fünf Jahren entwickelt, insbesondere auch im Jahr 2014 (bitte auflisten nach Landkreis bzw. kreisfreier Stadt)?
9. Wie viele der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge besuchen in Braunschweig, im Landkreis Goslar oder im Landkreis Peine eine Schule?
10. Wie unterstützt die Landesregierung die Stadt Braunschweig, den Landkreis Goslar sowie den Landkreis Peine bei der Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge?
11. Wie gestaltet sich die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Braunschweig, im Landkreis Goslar sowie im Landkreis Peine, und welche Unterstützung erfahren die Kinder und Jugendlichen, um sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden?

(An die Staatskanzlei übersandt am 23.12.2014)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- 305 -

Hannover, den 31.03.2015

Örtliche Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sind die Landkreise (LK) und kreisfreien Städte. Sie nehmen diese Aufgabe im eigenen Wirkungskreis wahr. Zur Beantwortung der Fragen 6, 8, 9 und 11, die den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betreffen, wurden die niedersächsischen Gebietskörperschaften mit eigenem Jugendamt um Beiträge gebeten. Soweit diese geantwortet haben, sind die Beiträge in die Beantwortung eingeflossen.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Kommunen die Fragestellungen zum Teil sehr unterschiedlich verstanden und demzufolge auch unterschiedlich beantwortet haben. Um die Antworten nicht zu verfälschen, hat die Landesregierung die Antworten - auch hinsichtlich des Sprachgebrauchs - im Wesentlichen wörtlich übernommen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die nachfolgenden Zahlen wurden aus dem Ausländerzentralregister mit Stand 30.09.2014 ermittelt. Da es im Ausländerzentralregister eine Erfassung von Daten unter dem Schlagwort „Flüchtling“ nicht gibt, ist auf die durch das Ausländerzentralregister erfassten Kategorien zurückgegriffen worden. Das sind im Einzelnen:

- Aufenthaltsgestattungen (§ 55 Asylverfahrensgesetz - AsylVfG) für Asylbewerberinnen und Asylbewerber,
- erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Abs. 1 und 2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) für Aufenthaltsgewährungen durch die obersten Landesbehörden,
- erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Abs. 1 AufenthG (anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber), nach § 25 Abs. 2 AufenthG für Ausländer, denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Flüchtlingseigenschaft i. S. d. § 3 Abs. 1 AsylVfG oder subsidiären Schutz i. S. d. § 4 Abs. 1 AsylVfG zuerkannt hat und nach § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG),
- erteilte Niederlassungserlaubnisse nach § 26 Abs. 3 AufenthG (nach drei Jahren Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 oder 2 AufenthG) und

- Duldungen (Ausreisepflichtige); bei den Duldungen ist zu berücksichtigen, dass darunter auch Personen sein können, die aufgrund allgemeiner aufenthaltsrechtlicher Regelungen ihren Aufenthaltstitel verloren haben und kein Asylverfahren betrieben haben.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass eine gegebenenfalls bestehende Schulpflicht im Ausländerzentralregister nicht erfasst wird.

	Stadt Braunschweig	LK Goslar	LK Peine
Aufenthaltsgestattung (§ 55 AsylVfG)	9	61	34
Humanitäre Aufenthaltsgewährung durch oberste Landesbehörde (§ 23 Abs. 1 AufenthG)	22	24	18
Humanitäre Aufenthaltsgewährung durch den Bund (§ 23 Abs. 2 AufenthG)	8	22	6
Anerkennung als Asylberechtigter (§ 25 Abs. 1 AufenthG)	2	2	0
Anerkennung als Flüchtling oder als subsidiär Schutzberechtigter (§ 25 Abs. 2 AufenthG)	7	25	36
Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines Abschiebungsverbotes (§ 25 Abs. 3 AufenthG)	5	10	26
Niederlassungserlaubnis für Asylberechtigte und Flüchtlinge (§ 26 Abs. 3 AufenthG)	6	7	15
Duldung (§ 60 a AufenthG)	15	76	62

Zu 2 und 3:

Dem Kultusministerium liegen diesbezüglich keine Daten zur Beantwortung der Fragen vor. Um quantifizierbare Erkenntnisse darlegen zu können, müsste eine differenzierende Abfrage bei den kommunalen Schulträgern durchgeführt werden. Der Aufwand einer solchen Abfrage steht jedoch nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Erkenntnisgewinn.

Zu 4:

Die Einhaltung der Schulpflicht der Schülerinnen und Schüler wird durch die zuständige Schule überwacht, sobald die Schülerinnen und Schüler an einer Schule aufgenommen worden sind.

Zu 5:

Schulen werden in vielfältiger Weise durch die Landesregierung unterstützt:

1. Sprachförderung

Eine gezielte Sprachförderung ist für die Erstintegration neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler, die über keine oder nur sehr geringe Deutschkenntnisse verfügen, von entscheidender Bedeutung. Auf der Grundlage des Runderlasses des Kultusministeriums „Förderung von Bildungserfolg und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ vom 01.07.2014 (SVBl. S. 330) werden daher die folgenden spezifischen additiven Maßnahmen angeboten:

- Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung für Kinder, deren Deutschkenntnisse für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht des ersten Schuljahrgangs nicht ausreichen,
- Sprachlern-/Sprachförderklassen,
- Förderkurse Deutsch als Zweitsprache,
- Förderunterricht,

- Besondere Sprachförderkonzepte.

Zur Umsetzung der o. g. besonderen Fördermaßnahmen erhalten Schulen ein bestimmtes Kontingent an Lehrerstunden.

2. Beratung

a) Projekt DaZNet

Als Meilenstein auf dem Weg zur Qualitätsverbesserung der Sprachförderung in Deutsch als Zweitsprache wird seit dem 01.08.2010 das Projekt DaZNet (Netzwerk für Deutsch als Zweit- und Bildungssprache, Mehrsprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz) umgesetzt. Das Projekt zielt darauf ab, regionale Sprachbildungsnetzwerke von Bildungseinrichtungen (Schulen aller Schulformen, sukzessive Kindertageseinrichtungen) untereinander und in Kooperation mit außerschulischen Partnern (Kommunen, Bibliotheken, Universitäten, Migrantenselbstorganisationen, Bildungsträgern etc.) zu entwickeln. Auf der Ebene der Schule sollen sprachbildungsförderliche Strukturen, Instrumente und Ansätze für Unterricht und Schulentwicklung im Rahmen von durchgängiger Sprachbildung entwickelt und in Regelstrukturen implementiert werden. DaZNet will insofern zu einem Paradigmenwechsel beitragen, indem pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte und Schulleitungen motiviert und fachlich begleitet werden, an ihrer Schule adäquate Ansätze und sukzessive sprachintensiven Unterricht zu entwickeln und konstruktiv zusammenzuarbeiten. Dabei stellen die individuellen Stärken und Bildungsvoraussetzungen jedes Kindes den Ausgangspunkt dar, an den pädagogisch angeknüpft wird, um den jeweils nächsten Entwicklungsschritt anzubahnen. Kulturelle, sprachliche und soziale Vielfalt werden als positive Werte verstanden und in Unterricht und Schulkultur pädagogisch zur Entfaltung gebracht. Die Förderung der Mehrsprachigkeit und die interkulturelle Öffnung der Schule sind hier wichtige Eckpunkte. Landesweit sind 15 regionale Zentren mit didaktischen Werkstätten eingerichtet, an denen jeweils ca. acht bis zwölf Netzwerkschulen aller Schulformen im Rahmen des Projekts zusammenarbeiten.

b) Fachberatung Interkulturelle Bildung

Den Schulen und Lehrkräften stehen im Beratungs- und Unterstützungssystem der Niedersächsischen Landesschulbehörde ca. 35 Fachberaterinnen und Fachberater für Interkulturelle Bildung (IKB) zur Beratung landesweit zur Verfügung. Diese Fachberaterinnen und Fachberater unterstützen die Schulen bei der Umsetzung und Implementierung der o. g. Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund und der fächerübergreifenden Vermittlung einer interkulturellen Kompetenz für alle Kinder und Jugendlichen. Die Fachberatung IKB arbeitet mit Schulleitungen, Konferenzen sowie einzelnen Lehrkräften zusammen.

c) Schulfachliche Beratung

Es werden Kooperationen mit außerschulischen Partnern gepflegt und die Bildung von Schulnetzwerken zur gegenseitigen Unterstützung und zum Informationsaustausch gefördert. Zudem stehen die für die Unterrichtsversorgung zuständigen Dezernentinnen und Dezernenten sowie die schulfachlichen Dezernentinnen und schulfachlichen Dezernenten der Niedersächsischen Landesschulbehörde mit den Schulen in Verbindung, um bei Bedarf die Planungen zu begleiten. Ebenso sind sie bei individuellen Fragen und Planungen einzelner Schulträger mit eingebunden.

3. Aktuelle Maßnahmen

Es werden folgende Maßnahmen der Landesregierung durch das Kultusministerium auf den Weg gebracht:

- Vom Gesetzgeber werden für 2015 zusätzliche Mittel in Höhe von 500 000 Euro für Sprachfördermaßnahmen zur Verfügung gestellt, um die Schulen auch bei erhöhtem Bedarf sehr kurzfristig unterstützen zu können.
- Seitens der Landesregierung wird nun erstmalig die Möglichkeit eröffnet, auch zu Beginn eines zweiten Schulhalbjahres Sprachlernklassen einzurichten. Durch diese Maßnahme ist

zum 01.02.2015 voraussichtlich mit landesweit rund 240 Sprachlernklassen an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zu rechnen.

- Darüber hinaus werden die Fortbildungsangebote zur Qualifizierung von Lehrkräften aller Schulformen im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für die Arbeit in Sprachlernklassen und für interkulturelles Lernen aufgestockt.
- Es wird ein Curriculum und eine Materialsammlung für die Arbeit in Sprachlernklassen erarbeitet.
- Im Bereich der Lehramtsausbildung wird im Projekt „Umbrüche gestalten“ an den entsprechenden niedersächsischen Universitäten daran gearbeitet, zukünftige Lehrkräfte auf einen sprachsensiblen und interkulturellen Unterricht in allen Fächern vorzubereiten.
- Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte haben die Möglichkeit, das Deutsche Sprachdiplom, Stufe I, auf dem Niveau B 1 des Europäischen Referenzrahmens abzulegen.
- Informationsmaterialien zur Unterstützung der Eltern mit Migrationshintergrund werden demnächst veröffentlicht.

Um den Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter bessere Start- und damit auch Integrationschancen zu ermöglichen, haben das Ministerium für Inneres und Sport und das Kultusministerium gemeinsam mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde sowie der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen das Konzept der „Interkulturellen Lernwerkstatt“ entwickelt. Dieses auf die jeweilige individuelle Situation abgestimmte schulische Angebot wird derzeit mit Erfolg am Standort Grenzdurchgangslager (GDL) Friedland der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen eingesetzt. Zurzeit wird geprüft, inwieweit das am Standort GDL Friedland eingesetzte Modell auf die anderen Standorte übertragbar ist, um allen Kindern und Jugendlichen bessere Start- und damit auch Integrationschancen zu ermöglichen.

Das Land hat zur Unterstützung der Migration und Teilhabe in den Gebietskörperschaften damit begonnen, sogenannte Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe (KMUT) einzurichten. Von 48 antragsberechtigten Gebietskörperschaften haben aktuell 34 bereits eine solche KMUT eingerichtet. Auf der Grundlage einer entsprechenden Förderrichtlinie wird für die KMUT eine Personalstelle mit 50 % der Personalausgaben gefördert. Ihr obliegt die Koordinierung und Vernetzung von Migration und Teilhabe fördernden Maßnahmen und Akteuren in diesem Bereich.

Auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten und Deutschen ausländischer Herkunft im Rahmen der Kooperativen Migrationsarbeit in Niedersachsen (Richtlinie Integration)¹ fördert das Land außerdem die allgemeine Integrationsberatung. Zusätzlich wurden ab 2014 weitere Beratungsstellen im Rahmen der Flüchtlingssozialarbeit eingerichtet.

Die Tätigkeit der KMUT und der Integrations- und Flüchtlingsberatung umfasst auch allgemeine Maßnahmen zur Förderung von Flüchtlingskindern.

Die konkreten, vom Land geförderten Angebote in den aufgeführten Gebietskörperschaften stellen sich folgendermaßen dar:

Stadt Braunschweig:

KMuT:	noch nicht eingerichtet
Integrationsberatung:	1,50 Stellenanteil (Beratungsregion mit LK Helmstedt)
Flüchtlingsberatung:	0,50 Stellenanteil (Beratungsregion mit LK Helmstedt und LK Wolfenbüttel)

Landkreis Goslar:

KMuT:	ist eingerichtet
Integrationsberatung:	0,50 Stellenanteil
Flüchtlingsberatung:	kein Stellenanteil

¹ Erl. d. MI v. 20.09.2006 - 43-04 011/1 (Nds. MBl. Nr. 39/2006 S. 970), geändert durch Erl. v. 12.02.2009 (Nds. MBl. Nr. 11/2009 S. 311) und v. 27.09.2010 (Nds. MBl. Nr. 37/2010 S. 961)

Landkreis Peine:

KMUT: noch nicht eingerichtet

Integrationsberatung: 0,50 Stellenanteil

Flüchtlingsberatung: 0,50 Stellenanteil.

Zu 6:

Im Jahr 2014 sind in der Stadt Braunschweig 110 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angekommen.

Im Jahr 2014 befand sich ein unbegleiteter Minderjähriger im Landkreis Goslar.

Zu 7:

Die Landesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, dass sich Kinder in den oben angegebenen Landkreisen bzw. der Stadt Braunschweig versteckt halten, um nicht von den Jugendämtern in Obhut genommen zu werden.

Zu 8:

Die Zahlen der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen entwickelten sich wie folgt:

	2010	2011	2012	2013	2014
Stadt Braunschweig	88	74	56	95	110
Landkreis Goslar	0	0	0	0	1

Zu 9:

Dem Kultusministerium liegen diesbezüglich keine Daten zur Beantwortung der Frage vor. Um quantifizierbare Erkenntnisse darlegen zu können, müsste eine differenzierende Abfrage bei den kommunalen Schulträgern durchgeführt werden. Der Aufwand einer solchen Abfrage steht - nach derzeitiger Bewertung - jedoch nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Erkenntnisgewinn.

Im Rahmen der Beteiligung der Gebietskörperschaften mit eigenem Jugendamt sind die nachfolgenden Antwortbeiträge übermittelt worden:

Für die Stadt Braunschweig - als Standort einer zentralen Aufnahmebehörde des Landes Niedersachsen - besteht keine Aufnahmeverpflichtung für Flüchtlinge. Deshalb ist die Wohnsitznahme in Braunschweig grundsätzlich nicht vorgesehen. Durch die mittlerweile kaum noch verfügbaren Vermittlungs-/Unterbringungsmöglichkeiten in entsprechend spezialisierten stationären Einrichtungen (wie z. B. in Norden-Norddeich) mussten in einigen Ausnahmefällen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ihren Wohnsitz in einer Jugendhilfeeinrichtung in Braunschweig begründen. Zurzeit besuchen 21 Kinder und Jugendliche eine Schule in Braunschweig. Für acht Kinder und Jugendliche wird aktuell eine Schule gesucht.

Zu 10:

Die Landkreise und kreisfreien Städte nehmen die Tätigkeit auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe als Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen des eigenen Wirkungskreises der Kommunen als Selbstverwaltungsaufgabe wahr. Das Land als überörtlicher Jugendhilfeträger berät die Jugendhilfeträger bei der inhaltlichen Aufgabenerfüllung. In den Gremien der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter in Niedersachsen und Bremen findet ein regelmäßiger inhaltlicher Austausch und Diskussionsprozess zu dem Themenbereich statt.

Das Landesjugendamt konzipiert derzeit eine dreiteilige Fortbildungsreihe für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der niedersächsischen Jugendämter, in der die rechtlichen Grundlagen sowie die pädagogische Begleitung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge erläutert und dargestellt werden soll. Im Bedarfsfall soll die Fortbildungsreihe wiederholt bzw. regelmäßig, gegebenenfalls auch regional, angeboten werden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter hat „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ erarbeitet. Diese geben einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, sie be-

schreiben Standards der Inobhutnahme, den Ablauf des Clearingverfahrens, Anschlussmaßnahmen und die Einleitung des Kostenerstattungsverfahrens. Die Handlungsempfehlungen richten sich primär an die Akteure in der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Sie sollen aber auch die strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen fördern und somit den Schutz der in Deutschland eingereisten Kinder und Jugendlichen verbessern.

Zu 11:

In der Stadt Braunschweig erfolgen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben des § 42 Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) zunächst die Inobhutnahme in einer geeigneten Jugendhilfeeinrichtung und der unverzügliche Antrag auf Einrichtung einer Vormundschaft.

Im Rahmen der Inobhutnahme findet eine Clearingphase statt, in der sich die Einrichtung ein persönliches Bild vom individuellen Hilfebedarf des Flüchtlings machen soll. Hierbei bedarf die besondere Situation des Flüchtlings (mangelnde Sprachkenntnisse, Beschulungswünsche, eventuelle Fluchttrauma) besonderer Beachtung. In der Regel erfolgt das Clearing in der Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Sozialwerk Nazareth in Norden-Norddeich. Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen und der begrenzten Platzkapazität muss das Clearing mittlerweile vermehrt in Jugendhilfeeinrichtungen vor Ort durchgeführt werden, da die Clearingstelle in Norden-Norddeich ihre Kapazitätsgrenzen seit längerer Zeit erreicht hat. Die Zeit, bis ein geeigneter Platz in einer Jugendhilfeeinrichtung gefunden werden kann, hat sich aufgrund der steigenden Zahlen im letzten Kalenderjahr deutlich erhöht.

Zu Beginn der Clearingphase wird die Schulanmeldung in entsprechenden Sprachlern- bzw. Integrationsklassen veranlasst. In Braunschweig ist dies nach Angaben der Kommune derzeit aufgrund mangelnder Schulplätze jedoch nicht immer möglich. In diesen Fällen bleibt nur die vorübergehende Einschulung in Regelklassen. Schulbegleitend erhalten die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge die Möglichkeit an Deutschkursen (beispielsweise beim Refugium) teilzunehmen.

Weiterhin erhalten die Flüchtlinge Unterstützung und Beratung im Asylverfahren bzw. bei der Abklärung alternativer aufenthaltssichernder Möglichkeiten.

Im Anschluss an die ca. drei Monate andauernde Clearingphase erfolgt in der Regel die Bewilligung stationärer Jugendhilfe gemäß § 34 SGB VIII. Im Rahmen der Jugendhilfe erhalten die jungen Menschen Hilfen zur Persönlichkeitsentwicklung, Integration und Verselbstständigung. So nehmen sie z. B. an Gruppenaktivitäten mit anderen Bewohnern teil, werden in Sportvereinen angemeldet und lernen sich selbstständig zu versorgen. In häufig auftretenden Fällen von Traumatisierung durch die Flucht und Gewalt werden für die jungen Menschen therapeutische Angebote organisiert und finanziert.

Seitens der vormundschaftlichen Betreuung merkt die Stadt Braunschweig an, dass die allgemeinen Handlungsgrundsätze, die für alle Mündel gelten (beispielsweise zur Kontaktfrequenz) auch für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge Anwendung finden. Um ein entsprechendes Vertrauensverhältnis aufzubauen ist es unerlässlich, dass der Vormund eine entsprechende Beziehung zum unbegleiteten minderjährigen Flüchtling aufbaut. Aufgrund der oftmals zeitnah bevorstehenden Volljährigkeit ist dies jedoch nicht immer möglich. Neben der Begleitung zur Asylverfahrensberatung und zur Asylananhörung beim Bundesamt finden gemeinsame Unternehmungen, wie beispielsweise der Besuch eines Fußballspiels, statt.

Cornelia Rundt